

„Pirangate“ belastet Beziehungen zwischen Slowenien und Kroatien

Seit über einem Jahr waren die mündlichen Verhandlungen über den Grenzstreit zwischen Slowenien und Kroatien bezüglich der Seegrenze in der Bucht von Piran abgeschlossen, als sensationelle Veröffentlichungen einer kroatischen Tageszeitung über Indiskretionen beim „Schiedsgerichtsverfahren“ einen langen Schatten auf die angekündigte Veröffentlichung des Ergebnisses des Schiedsverfahrens warfen. Es war eigentlich erwartet worden, dass der durch eine bilaterale Vereinbarung zwischen den beiden Staaten aus dem Jahre 2009 geschaffene Schiedsgerichtshof das Ergebnis des Schiedsverfahrens noch in diesem Jahr verkünden sollte; nach den Abhörwürfen der letzten Woche muss davon ausgegangen werden, dass es zu einer solchen Veröffentlichung nicht mehr kommen wird.

Fünf Jahre nach Unterzeichnung der Schiedsgerichtsvereinbarung und dreieinhalb Jahre nach Aufnahme der Verhandlungen am 13. April 2012 muss eine solche Entwicklung dieses Verfahrens alle jene enttäuschen, die sich davon einen beispielgebenden Prozess zur Lösung der zahlreichen Grenzstreitigkeiten in der Region versprochen hatten.

Das im Jahre 2009 gebildete Tribunal des Schiedsgerichts besteht aus fünf Richtern; drei Richter auf die sich die beiden Seiten gemeinsam geeinigt hatten und jeweils einen Richter, den jedes Land selbst bestimmt hatte.

Zwar betraf das Schiedsgerichtsverfahren die gesamte 670 km lange Grenze zwischen den beiden Ländern, aber von Beginn an lag in der Frage des Zugangs zum Meer bzw. der Festlegung der maritimen

Grenze zwischen den beiden Ländern jedoch der größte Sprengstoff.

Aus slowenischer Sicht meinte »Zugang« in diesem Zusammenhang die Herstellung einer Verbindung (Korridor) zwischen ihren territorialen Gewässern mit der »offenen See« bzw. den internationalen Gewässern. Aus kroatischer Sicht befassten sich die Verhandlungen dagegen mit der Frage der Gewährung eines ungehinderten Zugangs zu internationalen Gewässern für slowenische Schiffe »durch kroatische Hoheitsgewässer«.

Für die kroatische Seite verläuft die Seegrenze in der Mitte der Piranbucht in Richtung der italienischen Hoheitsgewässer, was Slowenien einen direkten Zugang zu internationalen Gewässern verwehren würde. Die slowenische Seite wollte sich dagegen nicht mit einer vertraglichen Verpflichtung Kroatiens zur »ungehinderten Passage« durch kroatische Gewässer« zufriedengeben, sondern bestand auf einen zu gewährenden internationalen »Korridor«, was kroatische Gebietsabtretungen erfordert hätte.

Die kroatische Seite war der Auffassung, dass das Schiedsgericht zuerst den Verlauf der maritimen Grenze, dann den Zugang und letztlich die damit verbundenen Rechte und Pflichten in den betreffenden Gewässern regeln sollte. Die slowenische Seite betrachtete alle diese Punkte als miteinander

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

der verbunden, so dass sie nicht einzeln entschieden werden konnten.¹

Nachdem bekannt geworden war, dass der slowenischen Seite vor dem erwarteten Termin vertrauliche Informationen des Schiedsgerichts zugetragen worden sein sollen, haben sich die Spannungen zwischen den beiden Nachbarnstaaten Slowenien und Kroatien um den für eigentlich bereits gelöst gehaltenen Grenzstreit wieder voll entfacht. Eine Abhöraffaire gefährdet nun die Lösung dieses jahrelangen Streits. Einem Bericht der kroatischen Tageszeitung "Večernji list" zufolge, soll es in dem Verfahren zu Geheimnisverrat gekommen sein. Die Zeitung veröffentlichte am 24. Juli von Unbekannten abgehörte Telefongespräche – zuerst die Transkription, danach auf ihrer Internetseite auch die mitgeschnittenen Tonaufnahmen – zwischen dem von Slowenien bestellten Schiedsrichter Jernej Sekolec und der Vertreterin Sloweniens im Schiedsverfahren, Simona Drenik. Nach Zeitungsangaben soll der eigentlich neutrale „Schiedsrichter“ des Gerichtshofs, der Mitarbeiterin des slowenischen Außenministeriums vertrauliche Einzelheiten aus dem Schiedsverfahren offenbart und auch zusätzliche Anweisungen erhalten haben, womit ganz offensichtlich die Regeln eines solchen Schiedsgerichtsverfahrens grob verletzt worden wären. Die kroatische Politik reagierte empört auf diese Offenbarungen und stellte sofort die Glaubwürdigkeit des gesamten Schiedsverfahrens infrage. In der kroatischen Presse wurde umgehend festgestellt, dass das besagte Schiedsverfahren durch diese offensichtlichen slowenischen Einflussnahmen von Grund auf kompromittiert worden sei und man deshalb den noch ausstehenden Schiedsspruch als äußerst fragwürdig bezeichnen müsse. Sofort meldeten sich auch kroatische Politiker zu Wort, die forderten, Kroatien solle sich ein-

seitig aus dem nunmehr als „Pirangate“ bezeichneten Schiedsverfahren zurückziehen.

In Slowenien herrschte jedoch nicht nur Beklommenheit ob der Verhaltensweisen der beiden slowenischen Akteure, sondern auch Empörung über die Tatsache, dass die Gespräche zwischen diesen beiden slowenischen Vertretern - offensichtlich von einem ausländischen Geheimdienst - abgehört worden waren. So äußerte der slowenische Regierungschef Miro Cerar umgehend die Vermutung, dass es ihm offensichtlich erscheine, dass jemand, der kroatische Interessen verfolge, Spionagemethoden einsetze, um das Schiedsverfahren zu beeinflussen bzw. zu konterkarieren. Cerar kritisierte zwar auch das Verhalten der beiden slowenischen Akteure als unangemessen und forderte sie auf, Verantwortung zu übernehmen, er bezeichnete das geheimdienstliche Vorgehen gleichzeitig jedoch als „unerhört“ und drohte entsprechende Strafverfolgung an. Er fügte dann noch hinzu, dass das Schiedsgerichtsverfahren seiner Meinung nach weiterhin "am Leben" sei und Slowenien gegebenenfalls seinen Schiedsrichter Jernej Sekolec ersetzen werde. Dieser trat auch erwartungsgemäß gemeinsam mit der slowenischen Beamtin des Außenministeriums zurück. In der slowenischen Presse wurde unterstellt, dass der kroatische Geheimdienst die Telefone der slowenischen Vertreter einschließlich ihres Mitglieds des Richterpanels angezapft habe, nachdem der kroatische Vertreter sie davon in Kenntnis gesetzt hatte, dass das Tribunal zugunsten Sloweniens entscheiden würde. Dann wäre in Kroatien entschieden worden, den gesamten Prozess zu diskreditieren, indem man die mitgeschnittenen Protokolle der kroatischen Presse zur Veröffentlichung zur Verfügung stellte. Kroatien habe sich also, den abgehörten Gesprächen entsprechend, vor einem für sie unbefriedigenden Ergebnis schützen wollen, indem es versuche, einen „Skandal“ heraufbeschwören, denn es liegt auf der Hand, dass ein solcher Ausgang vor allem der kroatischen Regierung als Verhandlungsführer, vor

¹<http://www.sloveniatimes.com/slovenia-croatia-awaiting-border-arbitration-ruling>

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

dem Hintergrund der anstehenden Parlamentswahlen, wohl geschadet hätte.²

So konnte es eigentlich wenig überraschen, dass die kroatische Regierung Kroatien sich umgehend aus dem Schiedsgerichtsverfahren zu den Grenzstreitigkeiten mit Slowenien zurückzog und den kroatischen Ministerpräsidenten Zoran Milanović schon wenige Tage nachdem ein abgehörtes Telefonat von der Zeitung Večernji list veröffentlicht worden war, in Absprache mit der Opposition, verlauten ließ, dass ihn seine Zweifel an der Unabhängigkeit und Seriosität des Verfahrens dazu veranlassen würden, dem Parlament einen Rückzug aus dem Verfahren vorzuschlagen.

Am 29. Juni trat dann schließlich das kroatische Parlament zu einer Sondersitzung zusammen und votierte mit einer überwältigenden Mehrheit von 141 Stimmen für den Vorschlag die kroatische Regierung damit zu beauftragen, die notwendigen Schritte zu einer Aufkündigung des Vertrags über das besagte Schiedsgerichtsverfahren zu ergreifen.³

Der kroatische Ministerpräsident betonte im Rahmen seiner Ausführungen zur Vorlage des entsprechenden Entschließungsantrags, dass Kroatien seine Mitarbeit an dem Verfahren einstellen und auch kein Urteil des Schiedsgerichts mehr anerkennen werde, falls dieses mit dem Verfahren fortzufahren gedenke. Er beabsichtige nach einer Zustimmung des Parlaments der slowenischen Regierung umgehend eine diplomatische Note mit entsprechendem Inhalt zukommen zu lassen.

Der kroatische Oppositionsführer Tomislav Karamarko pflichtete ihm umgehend bei

² <http://derstandard.at/2000019614183/Pirangate-entflammt-Grenzstreit-zwischen-Slowenien-und-Kroatien-neu>

³ **Sabor Unanimously Supports Termination of Croatia's Arbitration Agreement with Slovenia**, Wednesday HRT online edition, <http://tinyurl.com/nacg92p>

und warf Slowenien sogar vor, sich in betrügerischer Weise einen Teil des kroatischen Territoriums einverleiben zu wollen und man sich deshalb berechtigt sehe, das Verfahren auch einseitig zu verlassen.⁴

Auch die SDP Abgeordnete Nenad Stazic betonte in dieser Sitzung, dass sie keine Alternative sehe, als sich auf eine kluge Art und Weise aus dem Schiedsgerichtsverfahren zurückzuziehen ohne die bilateralen Beziehungen unnötig zu belasten. Dem stimmte auch die Abgeordnete Jadranka Kosor zu, die in ihrer Amtszeit als kroatische Ministerpräsidentin das bilaterale Abkommen zur Autorisierung des Schiedsgerichtsverfahrens 2009 in Schweden unterzeichnet hatte. Sie erinnerte an die zahlreichen Hürden, welche Slowenien dem Beitrittsprozess Kroatiens in den Weg gelegt habe.

Das "Schiedsgericht" teilte dann am darauffolgenden Tag, nachdem schon zuvor die beiden kroatischen „Delegierten“ Maja Sersic und Andreja Metelko-Zgombic von ihrer Regierung abgerufen worden waren⁵, mit, dass auch das kroatische Jurymitglied, Richter Budislav Vukas, sein Amt zur Verfügung gestellt habe und forderte Kroatien, ohne Bezugnahme auf die kroatische Haltung, auf, innerhalb von 15 Tagen einen neuen Vertreter in das Schiedsgericht zu entsenden.

Der Professor für Internationales Recht der Universität Laibach und heutige slowenische Parlamentspräsident Milan Brglez kommentierte dieses Vorgehen der kroatischen Regierung mit dem Hinweis, dass der Schiedsgerichtsprozess auf zwei Ebenen fortgesetzt werden würde und dass Kroatien sich nicht so ohne weiteres aus dem vertraglich vereinbarten Schiedsge-

⁴ <http://derstandard.at/2000019799196/Grenzstreit-Kroatien-steigt-aus-Schiedsverfahren-aus>

⁵ **Croatian arbitrator Vukas resigns**, ZAGREB, July 30 (Hina)

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

richtsverfahren verabschieden könne.⁶ Die eine Ebene werde die des Schiedsgerichts sein und die andere werde das den kroatischen Ausstieg betreffende Prozedere betreffen. Letzteres könne die Schiedsgerichtsvereinbarung nicht unmittelbar für ungültig erklären, ohne dass sich beide Staaten, unter Hinzuziehung einer neutralen dritten Partei, auf eine solche Vertragsauflösung geeinigt hätten.

Er sehe zudem momentan nicht, dass Slowenien einer solchen Vertragsauflösung zustimmen würde und verwies darauf, dass in dem Falle, dass sich Kroatien nicht an den Schiedsspruch halten werde, es internationales Recht verletzt würde. Dies wäre seiner Meinung nach auch kein gutes Signal für den EU-Erweiterungsprozess in der Region, wie auch generell für alle Ansätze zur Lösung von Grenzstreitigkeiten in dieser immer noch volatilen Region.

Politische Beobachter kommentierten den Entschluss des kroatischen Parlaments mit einiger Zurückhaltung und verwiesen auf die komplexe Rechtslage, die nun zu entstehen drohe. Entsprechend habe die kroatische Regierung das Tribunal in Rom auch aufgefordert, sich aus den bekannten Gründen, selbst aufzulösen. Zwar könne Kroatien nicht gezwungen werden, sich unter den gegebenen Umständen einem solchen Schiedsprozess weiter auszusetzen, diesen Prozess beenden kann Kroatien unilateral jedoch keineswegs. Es sei sogar möglich, dass das Tribunal seine Arbeit sogar –zumal die mündlichen Anhörungen zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens des Abhörskandals bereits abgeschlossen waren– zu Ende bringe, zu einem abschließenden Urteil gelange und dieses dann auch bekanntmache.

Zwar könne Kroatien sich weigern, den Schiedsspruch anzuerkennen und ihn dann auch nicht umsetzen, allerdings entstünde daraus ein noch komplexerer juristischer

Sachverhalt, wenn Slowenien Kroatien wegen die Nicht-Umsetzung des Schiedsgerichtsurteils vor dem internationalen Gerichtshof (ICJ) verklagen würde, was wiederum eine kroatische Gegenklage wegen des Verstoßes gegen die Geheimhaltungspflicht nach sich ziehen würde.

All dies würde zu einem komplizierten, finanziell aufwendigen und ungewissen Verfahren vor internationalen Gerichten führen und eine endgültige Lösung der Grenzkonflikte zwischen Slowenien und Kroatien in weite Ferne rücken.⁷

⁶ **Slovenian parliament speaker says arbitration will continue on two tracks** LJUBLJANA, July 30 (Hina)

⁷ **Consequences of Croatia's Withdrawal from Arbitration Procedure** Tuesday NOVI LIST online edition <http://tinyurl.com/pr9juh2>